

Medienmitteilung der FDP.Die Liberalen Kanton Zug
30. November 2025

Die FDP des Kantons Zug freut sich über die klare Zustimmung zum **Standortförderungsgesetz** (66.7% Ja) und zur **Steuergesetzänderung** (68.2% Ja). Die Stimmberechtigten bekennen sich damit einmal mehr zu einem starken und wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort, der auch künftig die Grundlage für Wohlstand und hohe Lebensqualität im Kanton schafft. Die Argumente, wonach höhere Steuern zu tieferen Mieten und einem besseren Lebensstandard führen würden, konnten nicht überzeugen. Die Bevölkerung hat erkannt, dass solche behaupteten Zusammenhänge schwach sind.

Die Annahme des **Stimm- und Wahlrechts für Menschen mit Beeinträchtigungen** nehmen wir zur Kenntnis. Offen bleibt, welchen konkreten Mehrwert diese Änderung für die neu Stimmberechtigten schaffen wird. Entscheidend ist nun, dass im Wahlgesetz klare und strikte Vorgaben verankert werden, damit Beistände weder Einfluss auf die politische Willensbildung nehmen noch stellvertretend für betreute Personen abstimmen oder wählen können. Nur so bleibt die individuelle und unbeeinflusste Stimmabgabe gewährleistet.

Auf nationaler Ebene konnte zum Glück die **JUSO-Initiative** gebodigt werden. Der Kanton Zug hat mit 86.6 % sehr deutlich NEIN! gesagt. Der Erbfall wäre für erfolgreiche Unternehmer zum 50%-Enteignungsfall geworden. Die Linke hat mit dieser Initiative der Schweiz bereits im Vorfeld der Abstimmung massiv geschadet: Sehr vermögende Personen mit hohem steuerlichem Potenzial dürften sich in den vergangenen Jahren bei Wohnsitzentscheiden vermehrt gegen die Schweiz entschieden haben. Es bleibt zu hoffen, dass der entstandene Reputationsschaden rasch behoben werden kann. Denn ohne einen kontinuierlichen Zuzug finanzstarker Privatpersonen werden die Finanzierung unserer staatlichen Leistungen und AHV-Verpflichtungen zunehmend herausfordernd.

Auch die **Service Citoyen-Initiative** wurde im Kanton Zug mit 83.9 % deutlich verworfen. Die Bedeutung der Wehrpflicht für geeignete Personen ist unbestritten und war seit dem Zweiten Weltkrieg nie dringlicher als heute. Während breit anerkannt wird, dass gesellschaftliches Engagement über die ganze Lebensdauer sinnvoll ist, hat die Abstimmung klar gezeigt, dass dieses Engagement auf individueller Entscheidung beruhen muss. Zwang oder staatliche Umerziehungsprogramme widersprechen einer freiheitlichen Demokratie, wie wir sie in der Schweiz leben und schätzen.

Mehr Informationen

Daniel Gruber, Präsident FDP.Die Liberalen Kanton Zug, +41 78 833 03 63